

Stand: 14.06.2026 22:49:55

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/10737

"Öl- und Gaspreisexplosion: Monopole bekämpfen, Übergewinne abschöpfen und faire Verbraucherpreise sichern!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/10737 vom 10.03.2026
2. Beschluss des Plenums 19/10776 vom 11.03.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 71 vom 11.03.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Gießhammer, Florian von Brunn, Volkmarr Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Öl- und Gaspreisexplosion: Monopole bekämpfen, Übergewinne abschöpfen und faire Verbraucherpreise sichern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass

- das Bundeskartellamt unverzüglich und schnell prüft, ob die enormen Preissteigerungen bei Kraftstoffen, Mineralöl und Gas infolge des Irankrieges und der Blockade der Straße von Hormus in einem verhältnismäßigen Zusammenhang mit den tatsächlichen Beschaffungskosten stehen oder ob große Mineralölkonzerne die Krisensituation zur gierigen Profitmaximierung auf Kosten der Verbraucher missbrauchen,
- falls sich die öffentliche Kritik am Preissetzungsverhalten der Mineralölkonzerne bestätigt, sich dafür einzusetzen, dass
 - zügig eine Übergewinnsteuer auf die übermäßigen Gewinne der Mineralölkonzerne eingeführt wird und die daraus erzielten Einnahmen vollständig für soziale Ausgleichsmaßnahmen verwendet werden, insbesondere zur direkten Entlastung von besonders betroffenen Haushalten bei Heiz- und Tankkosten,
 - kartellrechtliche Maßnahmen zur Begrenzung von Marktmacht und zur Sicherung eines funktionierenden Wettbewerbs auf den Energie- und Kraftstoffmärkten ermöglicht und eingeleitet werden,

Weiter wird die Staatsregierung dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass hierbei keine Maßnahmen ergriffen werden, die den Klimaschutz und das Erreichen der Klimaziele gefährden, sondern dass die Energie- und Verkehrswende deutlich beschleunigt wird.

Begründung:

Nach der Blockade der Straße von Hormus aufgrund des neuen Krieges im Iran und im Nahen Osten sind die Energiepreise in Deutschland schnell dramatisch gestiegen: Der Erdgaspreis kletterte innerhalb weniger Tage um über 50 Prozent, der Ölpreis um knapp 10 Prozent; Super E10 und Diesel kosten bundesweit im Schnitt erstmals seit 2022 wieder mehr als zwei Euro je Liter.

Während auf Bundesebene bereits über die Einschaltung des Bundeskartellamts nachgedacht und ausdrücklich vor Abzocke durch die Mineralöl-Großkonzerne gewarnt wird, stellen andere fragwürdige Forderungen auf. Allen voran ist es Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger, der – wie die AfD – einer

Aussetzung der (europäischen) CO₂-Bepreisung das Wort redet und sogar die Kaufprämie für Elektroautos abschaffen will. Dabei beklagen sogar Vertreter der Tankstellen die Preissetzungspolitik der Mineralölkonzerne. Statt also die eigentliche Ursache ungerechtfertigter Profitmaximierung auf Verbraucherkosten zu bekämpfen, sollen klimapolitische Errungenschaften und sinnvolle Förderungen gecancelt werden. Gerade diese Maßnahmen tragen aber dazu bei, Konzern-Preistreiberei und externe Schocks aufgrund fossiler Abhängigkeit in Zukunft zu erschweren oder zu verhindern.

Die Forderungen des Staatsministers gefährden zudem die Zukunft der deutschen und bayerischen Automobilindustrie im globalen Wettbewerb, insbesondere mit China. Der weltweite Erfolg chinesischer E-Autos zeigt, dass es sich weder Deutschland noch der Freistaat leisten können, eine solche rückwärts gerichtete Politik zu betreiben, wie sie sonst nur noch von der AfD gefordert wird.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Holger Gießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/10737

Öl- und Gaspreisexplosion: Monopole bekämpfen, Übergewinne abschöpfen und faire Verbraucherpreise sichern!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Florian von Brunn

Abg. Steffen Vogel

Abg. Johannes Meier

Abg. Markus Saller

Abg. Johannes Becher

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Florian Köhler

Abg. Michael Hofmann

Abg. Felix Locke

Staatssekretär Tobias Gotthardt

Abg. Stephanie Schuhknecht

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Öl- und Gaspreisexplosion: Monopole bekämpfen, Übergewinne abschöpfen und faire Verbraucherpreise sichern! (Drs. 19/10737)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Florian von Brunn das Wort. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Donald Trumps Krieg im Iran hat die Energiemärkte innerhalb weniger Tage ins Chaos gestürzt. Die Straße von Hormus ist faktisch blockiert.

(Unruhe)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich bitte, die Zwischengespräche einzustellen. Das gilt auch für die Regierungsbank. Bitte stellen Sie die Gespräche ein oder führen Sie diese gegebenenfalls draußen fort. – Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Die Straße von Hormus, das Nadelöhr für ein Fünftel des weltweiten Ölhandels, ist faktisch blockiert. Der Brent-Ölpreis ist um mehr als 25 % gestiegen. Er hat sogar zwischenzeitlich die 125-Dollar-Marke durchbrochen. Die Gaspreise in Europa sind um über 50 % in die Höhe geschossen. An den Tankstellen in Bayern zahlen die Menschen weit über 2 Euro für den Liter Diesel. Das trifft Pendlerinnen und Pendler, Familien, Gewerbebetriebe und Handwerk, Logistikbranche und Landwirtschaft, und zwar hart.

Verehrte Damen und Herren, es ist aber nicht allein der Krieg, der die Preise steigen lässt. Die Ölkonzerne nutzen die Krise, um ihre Gewinne schamlos in die Höhe zu

treiben. Sie erhöhen die Spritpreise sofort, obwohl in ihren Tanklagern noch Kraftstoff liegt, der zu viel niedrigeren Preisen eingekauft worden ist. Der ADAC bestätigt das. Steigende Rohölpreise werden raketenartig an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben.

(Unruhe)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Entschuldigen Sie bitte noch einmal die kurze Unterbrechung. – Ich bitte, die Zwischengespräche einzustellen. Es ist extrem laut. Der Redner hat vorne am Rednerpult das Wort. – Bitte schön.

(Michael Hofmann (CSU): Er hat vorhin auch die ganze Zeit hineingeschrien!)

Florian von Brunn (SPD): So wie der ADAC sagt, werden die steigende Rohölpreise raketenartig an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben, sinkende Preise aber nur im Schneckentempo. Der Tankstellen-Interessenverband nennt das "Abzocke und Raubtierkapitalismus". Die Ökonomin Isabella M. Weber hat dafür einen wissenschaftlichen Begriff: "Sellers' Inflation" – Verkäuferinflation. Das heißt, die Unternehmen missbrauchen die Krise als Deckmantel für Profitmaximierung. Wir kennen dieses Muster seit Putins Angriff auf die Ukraine. 2022 haben allein die fünf größten westlichen Ölkonzerne zusammen rund 200 Milliarden Dollar Gewinn gemacht, während die Menschen unter den Energiepreisen gelitten haben. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das darf sich nicht wiederholen.

Deswegen fordert die SPD mit Nachdruck: Das Bundeskartellamt muss jetzt in die Gänge kommen. Es muss unverzüglich und hart prüfen, ob die Preissprünge noch in einem vernünftigen Verhältnis zu den tatsächlichen Beschaffungskosten stehen. Die Einkaufspreise der Konzerne müssen offengelegt werden. Jede Margen- und Profitsteigerung muss sichtbar und transparent werden. Ich sage es ganz klar: Die Verantwortung liegt jetzt bei Ministerin Reiche von der CDU, der Schwesterpartei der CSU. Sie muss im Interesse aller handeln, statt immer nur zu überlegen, welche Wünsche der Energiewirtschaft es noch gibt.

Verehrte Damen und Herren, wenn sich bestätigt, was Tankstellenbetreiber und Verbraucher schon längst denken, brauchen wir eine Übergewinnsteuer, damit Krisengewinne für die direkte Entlastung besonders betroffener Haushalte bei Heiz- und Tankkosten abgeschöpft werden. Die EU hat 2022 bereits gezeigt, dass das geht.

Heute haben wir die gute Nachricht erhalten, dass auch die strategischen Ölreserven eingesetzt werden. Aber ich möchte den Staatssekretär fragen: Was tut eigentlich Herr Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger? – Er fordert die Abschaffung der CO₂-Bepreisung und will gerade jetzt die E-Auto-Kaufprämie streichen. Das ist eigentlich deckungsgleich mit dem, was wir von der AfD hören.

(Zuruf des Staatssekretärs Tobias Gotthardt)

Statt die Gier der Ölkonzerne zu bekämpfen, will er den Klimaschutz opfern. Statt die Menschen von fossilen Energien aus Krisenregionen unabhängig zu machen, will er sie offenbar dauerhaft an die Zapfsäule der Öl-Multis ketten. Das ist keine Lösung, das ist ein Offenbarungseid. Das gefährdet die Zukunft der bayerischen Automobilindustrie. China dominiert längst 60 % des Weltmarkts für E-Mobilität. Wer nicht mithält, verliert.

Der Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU ist wachweich und schwammig.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist nicht das Thema! Ihr hättet es zusammenlegen können!)

Es ist nicht klar, ob Sie die Aiwanger- und AfD-Position unterstützen. Deswegen verlangen wir von Ihnen klare Antworten auf drei einfache Fragen: Erstens. Bezahlbarkeit und direkte Unterstützung für betroffene Menschen und Unternehmen – Ja oder Nein? – Zweitens. Die Gier-Inflation der Öl-Multis stoppen und Übergewinne abschöpfen – Ja oder Nein? – Drittens. Unabhängigkeit und Sicherheit durch erneuerbare Energien, durch Wärmepumpen und Elektromobilität statt fossiler Abhängigkeit von Iran, Russ-

land, Saudi-Arabien und den Trump-Buddies in den USA – Ja oder Nein? – Ich bin gespannt, ob Sie hier und heute Ihre Karten aufdecken.

(Beifall bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): Enthusiasmus bei der SPD!)

Die Wahrheit ist doch: Wer heute Windräder blockiert und Wärmepumpen bekämpft, liefert die Bürgerinnen und Bürger der nächsten Preisexplosion aus. Wahre Unabhängigkeit erreichen wir nicht durch das Festhalten am Verbrenner, sondern durch erneuerbare Energien und E-Autos. Jedes Windrad in Bayern, jede Wärmepumpe, jedes Elektroauto ist ein Stück Freiheit von Autokraten, Kriegstreibern und von der Profitgier der Ölkonzerne. Hören Sie also auf mit rechtspopulistischen Parolen wie auf der Demo in Erding und stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist Herr Kollege Steffen Vogel für die CSU-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich treibt es die Menschen im Land um, wenn man an der Zapfsäule für den Liter Diesel nicht mehr 1,70 Euro zahlt, sondern mittlerweile 2,05 Euro oder wie viel auch immer, und das innerhalb kürzester Zeit. Es ist vollkommen richtig, dass das gerade Pendler hart trifft. Ich komme aus den Landkreisen Haßberge und Röhn-Grabfeld, wo die Menschen auf das Auto angewiesen sind, um zur Arbeit zu kommen. Handwerker und Mittelständler – Speditionen – haben Verträge und können die Preise nicht direkt weitergeben. Deshalb treffen diese hohen Energiepreise die Menschen in unserem Land massiv.

Es ist klar, dass das nicht nur an dem Konflikt im Iran liegen kann. Man muss daher die Frage stellen, inwieweit Mineralölkonzerne, Tankstellenbetreiber usw. die Situation ausnutzen, weil die Lager mit wesentlich günstigerem Treibstoff und Kraftstoff gefüllt worden sind, während die hohen Preise jetzt an die Verbraucher und an den Mittel-

stand weitergegeben werden. Deshalb ist es richtig, dass die Bundesregierung heute ein scharfes kartellrechtliches Instrument in Gang gesetzt hat und man prüft, wie die Mineralölkonzerne auf diese hohen Energiepreise und Kraftstoffpreise kommen. Es ist richtig, dass die Erdölreserven freigegeben werden, um den Markt zu entlasten, und dass das nicht nur Deutschland macht, sondern auch viele andere Länder, um damit den Markt zu erleichtern.

Der falsche Ansatz – und deshalb lehnen wir diesen Antrag ab – ist zum Beispiel die Übergewinnsteuer. Was ist denn der Übergewinn? Wann entsteht er? Wie stellt man ihn fest? – Die Versteuerung von Gewinnen kann nicht nach politischer Stimmungslage erfolgen. Man braucht vielmehr konkrete, fassbare und solide Grundlagen. Wir lehnen eine Übergewinnsteuer ab, weil überhaupt nicht feststellbar ist, wann ein Übergewinn vorliegt und wann nicht.

Wir sind zudem der Überzeugung, dass die SPD-Fraktion mit ihrem Antrag letztlich eine Vermischung vollzieht: eine Vermischung von Energiepolitik einerseits und Klimapolitik andererseits. Wie man von den hohen Spritpreisen auf die E-Mobilitätsförderung kommen kann, das ist eine ganz besondere Leistung der SPD-Fraktion.

(Zuruf von der SPD)

Wie die Übergewinnsteuer zu einer Absenkung der Preise an der Zapfsäule führen soll, ist mir überhaupt nicht bewusst. Man schöpft irgendwann einmal Gewinne ab, und irgendwann verteilt man diese um.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Es bringt dem Verbraucher also aktuell überhaupt nichts, irgendwann eine Übergewinnsteuer einzuführen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Und deshalb lehnen wir den Antrag der SPD-Fraktion ab.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Vielen herzlichen Dank. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Johannes Meier für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Johannes Meier (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Schon der Titel des SPD-Antrags lässt einen begreifen: Das wird schlecht, und zwar so richtig schlecht. Herr von Brunn hat uns auch nicht enttäuscht, es war wieder alles dabei: Russland, Putin und Trump. Im Titel steht schon, Sie wollen Monopole bekämpfen und Verbraucherpreise sichern; aber leider findet man in Ihrem Antrag keine einzige wirkliche Lösung – wie gerade schon erwähnt wurde –, wie Sie diesen Verbraucherpreis sichern wollen. Man stellt eigentlich nur fest: Gesenkt werden soll er wohl auch gar nicht, sondern eben nur gesichert. Für Sie wahrscheinlich gesichert bei über 2 Euro für die nächste Steuererhöhung.

Dass Sie es mit dem Schutz des Geldbeutels unserer Leistungsträger ohnehin gar nicht ernst meinen können, das möchte ich Ihnen anhand von zwei Zitaten verdeutlichen. Zitat Nummer eins: Ich gehe nicht selbst tanken, daher weiß ich auch nicht, wo genau der Benzinpreis liegt. Ich gehöre ja auch zu den Menschen, die ganz ordentlich verdienen, und deshalb achte ich nicht so auf alle Preise. – Wer hat das gesagt? Das war im Jahr 2022.

(Johannes Becher (GRÜNE): Olaf Scholz!)

Genau. SPD-Bundeskanzler a. D. Olaf Scholz.

Das zweite Zitat ist gar nicht so alt, nur ein paar Tage.

"Grundsätzlich ist es am besten, Sie fahren ein batterieelektrisches Auto. Dann sind Sie nicht davon abhängig, wie der Benzinpreis ist."

Und von wem stammt dieses Zitat? – Vom SPD-Bundesumweltminister Carsten Schneider. Man muss wirklich sagen: Die SPD hat geniale Antworten für alle Menschen, die draußen auf ihr Verbrennerfahrzeug angewiesen sind und sich gar kein E-Auto leisten oder dies im Alltag auch gar nicht gebrauchen könnten.

(Widerspruch bei der SPD)

Ihre Politik zeigt, dass sie wirklich nah am Menschen ist oder, wie ich sagen würde: Sie ist arrogant, überheblich und total verblendet.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben es schon erwähnt, Sie sprechen im Antrag natürlich auch von uns, von der in Ihren Augen bösen AfD. Und warum sind wir böse? – Weil wir schlichtweg Ihre kranken Klimasteuern ablehnen, die Sie in Ihrem Antrag als klimapolitische Errungenschaft bezeichnen. Steuern einführen, Menschen bevormunden, ihnen das Geld aus der Tasche ziehen und das dann am Ende noch grinsend quittieren, das ist für Sie eine klimapolitische Errungenschaft. Wir finden das schlichtweg pervers, dreist und lehnen diesen Blödsinn liebend gerne in Zukunft weiterhin ab.

Wer verdient denn mindestens die Hälfte am Liter Sprit? Der ADAC hat es veröffentlicht: Es sind circa 47 Cent Energiesteuer, 32 Cent Mehrwertsteuer, 17 Cent CO₂-Abgabe. Lars Klingbeil, SPD-Finanzminister, spült munter weiter Geld in die staatlichen Kassen. Mit Steuern kennen Sie sich von der SPD wirklich blendend aus. Seit 1999 haben Sie viele dieser Steuern selbst eingeführt oder miteingeführt: Energiesteuer, Stromsteuer, CO₂-Abgabe, Verpackungssteuern. Sie wollen sich hier aber als großer Retter der arbeitenden Bevölkerung verkaufen. Das ist schlichtweg nur noch lächerlich. In dieser katastrophalen Lage der Menschen hat der Bundesfinanzminister weitere Steuererhöhungen angekündigt.

An der Stelle müssen wir natürlich sagen: Sie sind wenigstens ehrlich. In Ihrem Antrag kündigen Sie genau das an. Sie wollen Verbraucherpreise sichern, aber eben nicht

senken. Wir hören heute natürlich von vielen Personen wieder schöne Versprechungen. Am Ende des Tages setzen Sie sich alle in Ihr Auto, Sie fahren nach Hause. Für die Menschen draußen hat sich effektiv nichts verändert. Die tanken immer noch für 2 Euro oder mehr an der Zapfsäule. Vielleicht sollten Sie denen doch einfach mal die Wahrheit erzählen. Stellen Sie sich hierhin und sagen Sie doch mal, dass Sie es verbockt haben, und zwar auf ganzer Linie. Von einer Klimahysterie getragen zerstören Sie die Wirtschaft und Existenzen, und deswegen lehnen wir diesen Antrag aus voller Überzeugung ab.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Markus Saller. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, diese stark gestiegenen Energiepreise beschäftigen derzeit viele Menschen. Es ist für viele Menschen wirklich ein Problem, wenn der Liter Diesel plötzlich über 2 Euro kostet. Deswegen ist es wichtig, dass wir diese Entwicklung ernst nehmen.

Meine Damen und Herren, etwas ernst zu nehmen heißt nicht, mit schnellen Schlagworten Politik zu machen; aber genau das vollzieht die SPD mit ihrem Dringlichkeitsantrag. Die SPD fordert, dass die Bayerische Staatsregierung das Bundeskartellamt einschaltet. Zum einen erinnere ich mich, dass Sie doch selbst im Bund regieren. Ich frage mich, warum Sie das nicht selbst umsetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Muss jetzt dafür die Bayerische Staatsregierung aktiv werden? Das ist interessant.

(Widerspruch bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Herr von Brunn, das Bundeskartellamt ist doch bereits tätig. Es analysiert die Preisentwicklung laufend und hat sogar ein eigenes Verfahren auf der Großhandelsebene des Mineralölmarktes eingeleitet. Wenn es Hinweise auf kartellrechtswidriges Verhalten gibt, dann wird dagegen selbstverständlich vorgegangen. Eines muss man halt auch sagen: Das Kartellrecht kann keine geopolitischen Krisen lösen. Wenn der Weltmarktpreis steigt, dann kann auch das Bundeskartellamt den Preis nicht einfach herunterregulieren. Dafür ist Kartellrecht nicht gedacht.

Nun zu Ihrer Idee der Übergewinnsteuer: Hier kann ich mich nur dem Kollegen Steffen Vogel anschließen. Ich habe nicht verstanden, was ein Übergewinn ist und wie dieser am Ende des Tages eigentlich ermittelt werden soll. Gewinne schwanken nun einmal in einer Marktwirtschaft. Das ist naturgemäß der Fall. In Krisenzeiten steigen sie manchmal, und in anderen Zeiten sinken sie. Unternehmen zahlen bereits heute mehr Steuern, wenn ihre Gewinne steigen. Wo soll eine Steuer für einen Übergewinn eigentlich ansetzen? Eine zusätzliche Sondersteuer wäre aus meiner Sicht rechtlich höchst problematisch und würde weitere Unsicherheiten schaffen. Vor allem besteht aber die Gefahr, dass gerade solche Steuern am Ende wieder auf die Verbraucherinnen und Verbraucher abgewälzt werden und damit die Energiepreise noch weiter steigen. Das führt uns, glaube ich, nicht zur Lösung des Problems.

Meine Damen und Herren, der SPD-Antrag bietet keine realistischen Lösungen. Die kartellrechtlichen Möglichkeiten werden bereits genutzt. Eine Übergewinnsteuer wäre wirtschaftlich und rechtlich problematisch. Einfache Schuldzuweisungen helfen niemandem an der Tankstelle weiter. Was wir stattdessen brauchen, ist eine sachliche Energiepolitik, die Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Ausgleich gleichermaßen im Blick behält. Deswegen lehnen wir Ihren Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich Herrn Kollegen Johannes Becher von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Herr Kollege Saller, ich muss gar nicht den SPD-Antrag verteidigen, aber Sie kritisieren die SPD dafür, dass sie in Berlin regiert und hier in ihrem Antrag schreibt, dass das Bundeskartellamt zum Handeln aufgefordert werden soll. Der kurze Blick in den Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN sagt mir, dass hier die Staatsregierung aufgefordert wird, sich auf Bundesebene für eine kartellrechtliche Überprüfung einzusetzen, wie dies vom Bayerischen Ministerpräsidenten schon angekündigt wurde.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich frage mich nun, warum Sie einen Antrag stellen, wenn der Ministerpräsident den Einsatz für die Überprüfung schon angekündigt hat, und warum Sie die SPD für einen Ansatz kritisieren, den Sie selbst verfolgen, nachdem die CSU ebenfalls in Berlin regiert. Das hätte ich gerne erläutert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Becher, Sie wissen, dass sich in Krisenzeiten manchmal Dinge überholen, und mittlerweile ist ein Verfahren beim Kartellamt eingeleitet worden. Aus meiner Sicht gibt es dazu nichts weiter zu sagen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Gülseren Demirel (GRÜNE): Dann können Sie Ihren Antrag ja zurückziehen!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich wollte kurz noch bekannt geben, dass die SPD für ihren Dringlichkeitsantrag eine namentliche Abstimmung beantragt hat.

– Als nächsten Redner rufe ich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Kollegen Martin Stümpfig auf.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Krieg im Nahen Osten lässt die Preise für Öl und Gas explodieren. Wir haben massiv steigende Öl- und Gaspreise, die unsere Mieterinnen und Mieter, die Verbraucherinnen und Verbraucher und unsere Wirtschaft belasten. Das System, das nur auf Öl und Gas basiert, zeigt hier massive Schwächen. In den Dringlichkeitsanträgen der SPD, der FREIEN WÄHLER und der CSU ist zum Thema erneuerbare Energien, was der logische Schluss wäre, kein einziges Wort enthalten. Kollege Saller hat jetzt gerade noch einmal gesagt, dass sich die Anträge eigentlich schon erledigt haben, weil ja schon alles eingeleitet ist. Deswegen frage ich mich, warum Sie diese Anträge überhaupt noch stellen und nicht dort anpacken, wo es notwendig ist, um endlich herauszukommen aus den fossilen Energien und hineinzugehen in 100 % erneuerbare Energien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sehen in Berlin gerade eine Rolle rückwärts, und zwar heraus aus der Energiewende, die nach der Ampel-Regierung auf einem sehr guten Weg ist. Diese Rolle rückwärts führt dagegen wieder hinein in die fossilen Energien, und dazu sagen wir ganz klar: Stopp, das ist der falsche Weg. Das müssen doch jetzt alle verstanden haben. Der letzte Preisschock bei den fossilen Energien fand doch erst vor drei Jahren statt. So ein schlechtes Gedächtnis kann man doch eigentlich gar nicht haben. Entweder ist man dumm, wenn man diesen Fehler gleich noch einmal macht, oder es stecken wirklich korrupte Machenschaften dahinter. Schon Einstein sagte: Wahnsinn ist, immer wieder dasselbe zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten.

Das ist ganz klar. Aber genau das machen Sie. Es ist nicht nur eine Ministerin Reiche, bei der man ganz klar sieht, dass sie fossile Lobbyinteressen vertritt. Es ist auch ein Ministerpräsident Markus Söder, der erst am 10.02. auf der Pressekonferenz sagte,

die Ministerin gehe da mutig und richtig voran. – Nein, das tut sie eben überhaupt nicht. Diese Rolle rückwärts in Richtung fossile Energien verursacht nur hohe Kosten, massive Klimaschäden und unkalkulierbare Preise. Wir wissen überhaupt nicht, wie lange der Krieg noch dauern und wo es noch hingehen wird. Das ist für unsere Unternehmen massiv schädlich. Deswegen noch einmal der klare Appell: Raus aus den fossilen Energien!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei derselben Pressekonferenz sagte Ministerpräsident Söder auch noch: Wir hängen an einer Vision, einem Traum, einer Hoffnung, dass alles über Erneuerbare geht, aber das wird nicht reichen. Deswegen wird man auch fossile Energien mit CCS und Kernenergie brauchen. Alles andere wird nicht funktionieren. – Herr Ministerpräsident Söder, Sie träumen von Kernfusion, von Mini-AKW's und völlig überdimensionierten Gaskraftwerken. Am Ende werden Sie aufwachen – er ist heute natürlich wieder mal nicht da – aus einem Albtraum aus explodierenden Gas- und Ölpreisen, aus einem Albtraum von Millionen Euro Steuergeldverschwendung für Ihre AKW-Hirngespinnste und einer massiven Abhängigkeit von Frackinggas, dann vielleicht aus dem Trump-Land oder woher auch immer. Das ist der Albtraum. Dort wollen wir als GRÜNE nicht aufwachen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir stehen jetzt nach nur einem Jahr Regierungsverantwortung der Union in Berlin vor einem riesigen Scherbenhaufen der Energiepolitik. Die Gasspeicher sind leer. Am Donnerstag haben wir den Wirtschaftsminister noch einmal bei uns im Ausschuss. Der Markt für Solaranlagen im Sonnenland Bayern bricht gerade zusammen. Anders kann man es nicht sagen. Die Unternehmen sind komplett verunsichert. Allein 3.600 Unternehmen haben jetzt schon einen Appell unterzeichnet, dass die Bundesregierung endlich hier den Kurs ändern muss. 3.600 Unternehmer! Das ist doch ein klares Zeichen, dass Sie hier vollkommen auf dem falschen Weg sind.

Leider ist in dem Dringlichkeitsantrag der SPD und auch in dem Antrag von FREI-EN WÄHLERN und CSU kein einziges Wort zu den erneuerbaren Energien enthalten. Kein einziges Mal erwähnt, Kollege Florian Brunn! Dann macht ihr gleichzeitig in Berlin ein Gebäudemodernisierungsgesetz, bei dem es darum geht, wieder neue Öl- und Gasheizungen zu erlauben. In dieser Zeit, in der uns die Fossilen und all das zusammenbrechen, in der man sieht, dass das keine Zukunft ist, macht ihr ein Gebäudemodernisierungsgesetz, obwohl man noch gemeinsam den Weg für die Wärmepumpe gebahnt hat, die sich jetzt wirklich durchsetzt. Nein, jetzt geht es die Rolle rückwärts, und CSU, CDU und SPD ebnen den Weg für neue Öl- und Gasheizungen. Das kann man wirklich nicht glauben. Es müssen doch jetzt wirklich alle verstanden haben, dass das der falsche Weg ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dem Gebäudemodernisierungsgesetz haben Union und SPD jetzt vor, eine Grün-gasquote von 10 % einzuführen. Ich habe es einmal durchgerechnet. Wir haben jetzt schon in Bayern 11 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche für Energiepflanzenanbau. Wenn wir das wirklich durchziehen und auf 10 % raufgehen wollten – die Biogasanlagen leisten gerade einmal 2,3 % der Wärme –, bräuchten wir mindestens noch einmal die gleiche Fläche dazu. Fast ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche wäre also nur für diese erste Etappe, für diese 10 %. – Da können Sie noch so den Kopf schütteln. Das sind die Ergebnisse. Das ist vollkommen falsche Politik. Wenn Sie in Richtung 65 % gehen, was wir schließlich machen wollen, wäre ganz Bayern eine Fläche für Mais- und andere Energiepflanzen. Das geht komplett an jeglicher Realität vorbei. Da kann man wirklich nur den Kopf schütteln. Ändern Sie endlich Ihre Politik in Berlin; denn das wird definitiv nichts mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben beim Netzpaket das Gleiche noch einmal. Wir sagen, wir haben in Bayern eine gute Entwicklung bei den erneuerbaren Energien, leider sehr einseitig auf Photo-

voltaik ausgerichtet. Wir haben leider jetzt schon 5 % Abregelung. Das ist halt so, weil wir sehr einseitig auf Photovoltaik gesetzt haben. Dann kommt eine Katherina Reiche und will überall dort, wo wir 3 % Abregelung im Jahr 2025 hatten, Netzengpassgebiete, die die Netzbetreiber ausweisen können. Dann hätten wir flächendeckend in Bayern Netzengpassgebiete. Keine neue Windkraftanlage, keine Solaranlage hätte mehr den Anspruch, einspeisen zu dürfen. Das wäre das Aus für die Energiewende in Bayern. Wo ist denn da der Aufschrei? – Da müssen doch Sie von der CSU einmal sagen: Nein, so geht es nicht. – Wann geschieht es denn endlich, dass jemand sagt, nein, so geht es nicht weiter? Null Komma null hört man da. Die Ministerin Reiche plant das allen voran.

Genauso bei der EEG-Novelle: Da heißt es dann, dass die kleinen Solaranlagen keine Einspeisungsvergütung mehr kriegen sollen. Die größeren mit über 25 kW Peak müssen ihren Strom komplett selbst vermarkten. Das ist ein irrsinniger Aufwand. Die Solarbranche in Bayern wird massiv darunter leiden. Da hört man keinen Ton, weder von der CSU noch von der bayerischen SPD, wo es hier vorangeht.

(Zuruf des Abgeordneten Steffen Vogel (CSU))

Wenn wir in die erneuerbaren Energien gingen, könnten wir uns enorme Kosten sparen. Der Wärmepumpe, dem Windrad, der Solaranlage, der Geothermieanlage ist die Straße von Hormus ziemlich egal, Kollege Vogel.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Das Problem ist einfach, dass wir diese fossile Abhängigkeit haben und euer Kurs immer weiter in die fossile Abhängigkeit geht. Das ist einfach der vollkommen falsche Weg. Deswegen ist unser Appell hier ganz klar: Raus aus den Fossilen, rein in die Erneuerbaren! Es muss jetzt einfach Stück für Stück umgesetzt werden, konsequent auf erneuerbare Energien zu setzen. Ich sage nur: Stoppen Sie hier Ihre Politik in Berlin. Schalten Sie endlich um! Hören Sie auf mit der Sabotage der Energiewende; denn nichts anderes ist es. Diese Öl- und Gaspreiskrise muss doch jetzt jeden gelehrt

haben, dass wir endlich sagen: Wir können mehr Erneuerbare. Wir sind jetzt schon im Strombereich bei 65 %. Lasst uns auf dem Weg weitergehen. Aber dafür müsste Ihre Politik, die Sie gerade im Bund machen, radikal geändert werden. Dafür wäre heute der richtige Zeitpunkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegen vier Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Florian Köhler, AfD-Fraktion. Bitte schön.

Florian Köhler (AfD): Herr Stümpfig, die grüne Doppelmoral hat mal wieder zugeschlagen. Ich halte mal fest: Ihr Wirtschaftsminister Habeck hat ab 2022 LNG-Terminals hier in Deutschland forciert und Lieferverträge vor allem auch mit Katar abgeschlossen, damit wir Gas aus Katar bekommen. Katar liegt am Persischen Golf. Das heißt, Sie müssen genauso die Straße von Hormus passieren. Jetzt erklären Sie mir einmal, wie es zusammenpasst, dass Sie hier vorne stehen und wie jeder Fridays-for-Future-Demonstrant sagen: fossilfrei, fossilfrei! Aber wenn Sie selber in der Regierung sind, machen Sie uns mit einer absolut verfehlten Energiepolitik unter anderem von Katar und anderen abhängig, anstatt zu sagen, man fördert eigene Gasvorkommen mit Fracking und dergleichen. Das haben auch Sie blockiert. Die GRÜNEN haben das blockiert. Da frage ich mich schon: Ist es nicht ein offener Widerspruch, dass Sie hier alles blockieren –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Florian Köhler (AfD): – und dann hauptsächlich die Energie aus anderen Ländern und eben auch aus Katar beziehen?

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die Redezeit ist um. Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wenn Sie den ehemaligen Minister Habeck und die Gasversorgung ansprechen, kann ich nur sagen, dass Robert Habeck damals die Trading Hub gegründet hat. Er hat der Trading Hub die Erlaubnis und den Auftrag gegeben, Gas einzukaufen. Wir sind unter der Ampel-Regierung mit einem Füllstand von 95 % in die letzten Winter gegangen. Unter CSU, CDU und SPD gingen wir in den Winter mit 75 % Füllstand. Wenn wir heute 20 % mehr hätten, müssten wir jetzt nicht nachträglich teuer Gas einkaufen auf einem Weltmarkt, auf dem wahnsinnig hohe Preise herrschen.

(Staatssekretär Tobias Gotthardt: Im Sommer war das Gas auch teuer! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Es reicht doch! Es reicht!)

Katherina Reiche hat der Trading Hub letztes Jahr nicht erlaubt, Gas einzukaufen. Das ist eine völlig fehlgeleitete Politik. Wir sind für Versorgungssicherheit, auch in diesem Bereich. Das ist damals erfolgreich umgesetzt worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Michael Hofmann für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege von den GRÜNEN, Sie haben jetzt gerade wieder kritisiert, dass der Ministerpräsident nicht da wäre. Wenn Sie länger im heutigen Plenum gesessen wären, dann wüssten Sie, dass er als Bayerischer Ministerpräsident im Koalitionsausschuss in Berlin ist. Gerade aufgrund der jüngsten aktuellen Entwicklungen ist es doch sinnvoll, dass sich der Ministerpräsident für bayerische Interessen bei der Bundesregierung einsetzt, von der Sie Handlungen einfordern. Ich halte Ihre Haltung in dem Zusammenhang also für verfehlt.

(Beifall der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie waren aber vielleicht vorhin nicht im Saal, als der Kollege Becher das Klima unserer Diskussion kritisiert hat, dass dieses immer hitziger und schwieriger würde.

Ich glaube, ich habe Sie richtig verstanden, als Sie im Rahmen Ihrer Rede gesagt haben, diese Entscheidungen, die getroffen worden sind, hätten etwas mit Korruption zu tun.

Ich weiß, dass Sie das Wort "Korruption" in den Mund genommen haben. Deswegen würde ich Ihnen jetzt die Gelegenheit geben, den Eindruck, den Sie gerade erweckt haben und der noch schlimmer ist als das, was wir manchmal von der ganz rechten Außenseite hören, jetzt korrigieren. Die Gelegenheit sollten Sie bitte nutzen.

(Beifall der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Hofmann, ich könnte es noch einmal kurz vorlesen. Es ging darum, dass es bereits vor drei Jahren einen Preisschock gab. Und dann habe ich gesagt, diesen Fehler immer wieder aufs Neue zu machen, ist entweder dumm oder es stecken korrupte Machenschaften dahinter.

(Michael Hofmann (CSU): Aha!)

Und dann habe ich Einstein zitiert, der sagte: Wahnsinn ist, immer wieder dasselbe zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten. – Also, dazu stehe ich: Diesen Fehler immer wieder zu machen – das ist doch die Frage.

(Michael Hofmann (CSU): Wer ist es denn, der die korrupten Machenschaften betreibt?)

An was liegt es denn?

(Michael Hofmann (CSU): Wer betreibt denn die korrupten Machenschaften?)

Ist es einfach der falsche Weg, dass man es nicht verstehen will?

(Michael Hofmann (CSU): Wer betreibt die korrupten Machenschaften?)

Oder an was liegt es denn? Das war die Feststellung, mehr nicht.

(Michael Hofmann (CSU): Darauf haben Sie nicht geantwortet! Das ist eine Unverschämtheit, was Sie hier machen! Eine Unverschämtheit! – Florian von Brunn (SPD): Wer denn bitte, Herr Hofmann?)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die nächste Zwischenbemerkung macht der Kollege Felix Locke für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege Stümpfig, nach diesem Rundumschlag und der Polemik, die Sie hier wieder reingebracht haben, haben Sie jetzt noch einmal die Möglichkeit, auf meine Frage vom 19.10. des letzten Jahres einzugehen.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Aber Sie sagen es mir noch einmal, was das war?

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Ja, ich sage es Ihnen noch einmal. Sie können sich bestimmt gleich daran erinnern. Ich habe Sie von Mittelfranke zu Mittelfranke gefragt, warum sich die Bezirkstagsfraktion der GRÜNEN in Mittelfranken für den Import von Atomstrom eingesetzt hat, während Sie hier einen Rundumschlag gegen fossile Energien, gegen Atomstrom und dergleichen machen. Ist das nicht GRÜNEN-Doppelmoral per se?

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Das fragen Sie heute, da wir diese Debatte haben, am Jahrestag der Katastrophe? Fukushima – 15 Jahre ist es her, dass das Atomkraftwerk dort in die Luft geflogen ist. Ministerpräsident Markus Söder hatte als damaliger Umweltminister mit seinem Rücktritt gedroht. Heute will er nichts mehr davon wissen. Und Sie stellen irgendeine Frage zu einer Bezirkstagsabstimmung in Mittelfranken! – Ja, wo sind wir denn da? Also, Sie müssen schon mal ein wenig Prioritäten setzen, wo wir denn da sind.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sie sind auch Mittelfranke!)

Wo ist Ihr Kurs bei der Atomkraft? – Weiß kein Mensch.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Sie waren echt mal ein Sachpolitiker! Aber inzwischen ist es echt peinlich, was Sie hier abliefern! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Was ist jetzt die Antwort? – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Er hat darauf keine Antwort!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine weitere Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Florian von Brunn für die SPD-Fraktion vor. Bitte sehr.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Martin, die GRÜNEN haben zwar oft recht, aber du hast leider zwei kleine Fehler gemacht, die ich gern korrigieren will.

Stichwort "Erneuerbare Energien": Wir schreiben in unserem Dringlichkeitsantrag, dass die Staatsregierung aufgefordert wird, keine Maßnahmen zu ergreifen, die dem Klimaschutz und dem Erreichen der Klimaziele schaden, sondern solche, die die Energie- und Verkehrswende deutlich beschleunigen. – Also, ich glaube, das passt nicht ganz mit dem zusammen, was du uns unterstellt hast.

Und dann will ich noch einmal darauf hinweisen, dass die Bevorratung von Gas – das Gasregime, das wir im Moment haben – von Robert Habeck als Wirtschaftsminister eingeführt worden ist. Also, ein bisschen Zurückhaltung bei der Kritik daran würde euch ganz guttun, weil es ein gutes, vernünftiges Prinzip ist, das auch der Chef der Bundesnetzagentur – ich glaube auch Mitglied der GRÜNEN-Partei – so verteidigt.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Lieber Florian, was wir momentan sehen: Die anderen zwei Gesetze sind ja geleakt, sowohl das EEG als auch das Netzpaket. Ich hoffe, dass ihr als SPD hier noch ein Stoppsignal sendet.

Beim Gebäudemodernisierungsgesetz gab es bereits das Eckpunktepapier und da wirklich eine klare Aussicht, dass man sagt: Es können dann wieder neue Öl- und Gasheizungen eingebaut werden. – Jetzt muss man doch sehen, dass das der falsche Weg ist. Wir treiben doch gerade die Mieterinnen und Mieter mit dieser Grüngasquote in die Kostenfalle. Das wird verdammt teuer, Wasserstoff zu verheizen, Biomethan zu verheizen.

(Florian von Brunn (SPD): Das sehen wir auch! Das sehen wir genauso!)

Und der Mieter sitzt dann da und denkt, ja, mein Vermieter baut jetzt eine Gasheizung ein, da mischt er dann 10 %, 20 % Biogas, Wasserstoff dazu und den Preis legt er auf mich um. – Also, da muss doch die SPD aufschreien und sagen, nein, mit uns auf gar keinen Fall. Deswegen die Kritik an euch.

(Florian von Brunn (SPD): Kann man auf meiner Webseite nachlesen!)

Ich hoffe und drücke die Daumen, dass ihr euch in Berlin durchsetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Für die Staatsregierung hat noch Staatssekretär Tobias Gotthardt um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatssekretär Tobias Gotthardt (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Stümpfig, mein Eindruck ist, dass deine Rede gerade eben so war wie die Politik der GRÜNEN so oft: etwas weltfremd und an den Bedürfnissen und Lebensrealitäten der Menschen vorbei.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Und wenn wir uns diese Lebensrealitäten anschauen, dann kommen wir auch sehr schnell zum eigentlichen Kernthema dieses Dringlichkeitsantrags und dieser Debatte zurück: Es geht um den Benzinpreis an den Tankstellen. Würden wir heute allesamt in München rausgehen und an die Tankstelle fahren – ich nehme jetzt den Dieselpreis,

den kenne ich –, läge der Preis aktuell irgendwo zwischen 2,12 Euro, 2,15 Euro, 2,16 Euro. Das ist zu hoch. Das ist zu hoch für die Menschen, für den Mittelstand und für das Handwerk.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen ist es wichtig, unglaublich wichtig, sich nicht nur einzelne Dinge herauszupicken oder, Kollege von Brunn, Dinge in den Raum zu werfen, die irgendwann einmal in zwei Jahren mit der Steuererklärung wieder zurückkommen. Nein, die Leute erwarten von der Politik jetzt Maßnahmen, die jetzt wirken, damit der Sprit jetzt günstiger wird. Das ist die Aufgabe, die wir als Politik haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Und dann kann man – dazu stehen wir –, dann sollte und dann muss man auch das Kartellamt zur Seite ziehen. Völlig richtig!

Allerdings muss man auch wissen: Ein Prozess, ein Verfahren des Bundeskartellamtes, das heute beginnt, hat einen Sollzeitraum von höchstens 18 Monaten, braucht in der Bearbeitung aber mindestens 6 Monate. Nachdem es einen solchen Fall, wie wir ihn dann in der Bearbeitung hätten, vorher noch nicht gegeben hat, ist nicht davon auszugehen, dass in diesem Fall binnen des nächsten halben Jahres eine Entscheidung des Bundeskartellamtes kommt.

Die Untersuchung vom Februar dieses Jahres, die aktuell läuft, ist eine andere. Sie bezieht sich auf die zu hohe Markttransparenz und auf die zu hohe direkte Abhängigkeit des Benzinpreises vom Rohölpreis, aber nicht auf die spezielle Situation, die wir aktuell haben. Also macht es Sinn, vor das Kartellamt zu gehen. – Ja, richtig. Aber es kann nicht die einzige Maßnahme sein.

Zur Ehrlichkeit gehört halt auch, dass über 50 % des Benzinpreises an der Tankstelle heute staatliche Zusatzkosten sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der Staat ist in der Verantwortung.

Deswegen finde ich es auch gut, dass sich Katherina Reiche Gedanken macht, dass sie Maßnahmen angeht, dass sie die Ölreserve freigeschaltet hat, dass das Österreich-Modell mit nur noch einer Preiserhöhung pro Tag an den Tankstellen kommt. Das ist völlig richtig.

Das einzig Richtige jetzt ist, alle Register zu ziehen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir müssen uns alles anschauen. Und glaubt es mir: Das ist es, was die Leute draußen von uns erwarten. Sie erwarten von uns keine allgemeinen Debatten, Kollege Stümpfig. Sie erwarten von uns auch nicht irgendwelche dahergelaufenen Hirngespinnste, sondern sie erwarten von uns ganz konkrete Politik, die diesen Spritpreis möglichst morgen – verdammt noch mal! – an der Tankstelle runterbringt. Dafür arbeiten wir im Wirtschaftsministerium.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Staatssekretär, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Mir liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor: die erste von der Kollegin Stephanie Schuhknecht für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Nachdem jetzt mit Verve kurzfristige und langfristige Maßnahmen genannt wurden, sage ich: Ganz ehrlich, das genau ist es, was mir in eurem Antrag fehlt. Da steht sozusagen Kartellrecht. Wenn das nicht greift, dann volles Rohr, damit schon morgen die Preise runtergehen. – Was sind denn jetzt genau die Maßnahmen, die morgen die Benzinpreise runterbringen – außer der angekündigten Maßnahme, dass nur noch einmal am Tag der Preis erhöht werden darf? Wie das jetzt die Preise runterbringt, ist mir ehrlich gesagt nicht schlüssig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatssekretär Tobias Gotthardt (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Erst noch ein kurzer Applaus.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Staatssekretär Tobias Gotthardt (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Danke, sorry, ich war zu schnell. –Es gibt Maßnahmen, die man schnell ergreifen kann. Das betrifft vor allem den staatlichen Anteil an den Kosten. Man kann die Steuer auf ein Mindestmaß heruntersetzen, man kann – ja – vorübergehend die CO₂-Bepreisung aussetzen, was viele andere europäische Länder gerade tun, um kurzfristig, schnell, einfach die Steuer zu senken. Das heißt nicht, dass man sie abschafft; aber man hat ein Instrument, um in dieser Krisenzeit damit arbeiten zu können. Das wären die Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen könnten, die übrigens auch Hubert Aiwanger bei den Vorschlägen, die er gemacht hat, aufgeführt hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Florian von Brunn von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): In Ihrem Antrag steht eigentlich als einziger konkreter Punkt, dass Sie das Bundeskartellamt prüfen lassen wollen. Jetzt sagen Sie uns gerade, das dauerte zu lange. Sie machen mit dieser Aussage eigentlich Ihren eigenen Antrag madig. Übrigens halte ich es für völlig absurd, Herr Staatssekretär, wenn Sie sagen, wir sollten jetzt Energiesteuern auf das Öl oder das Benzin senken oder abschaffen, weil das nämlich von den Mineralölkonzernen genauso einkassiert wird. Das kennen wir aus anderem Umfeld, wo zum Beispiel vor Kurzem eine Mehrwertsteuersenkung stattgefunden hat. Der Tankrabatt der FDP in der Ampel-Regierung war ein Rohrkrepierer und hat sauviel Geld gekostet. Das einzig scharfe Schwert ist die Übergewinnsteuer, und unser Vorschlag ist, das Instrument jetzt schnell zu

verwenden, das Geld einzunehmen und an die Leute auszuzahlen, und zwar schnell und unbürokratisch. Im Übrigen kann Frau Reiche das Kartellamt einmal dazu bringen, vielleicht etwas schneller zu arbeiten.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Staatssekretär Tobias Gotthardt (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Kollege von Brunn, wenn Sie schon so tolle bundessteuerpolitische Ideen haben, dann reden Sie doch bitte schön einmal mit Ihrem Finanzminister im Bund. Der hat die Verantwortung dafür, nicht ich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Bravo! – Heiterkeit bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Dank der lebhaften Debatte und den vielen Zwischenbemerkungen ist die Wartezeit eingehalten worden; damit kommen wir gleich zur namentlichen Abstimmung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 18:50 bis 18:53 Uhr)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen. Wir warten ganz kurz, bis das Ergebnis vorliegt.

(Unterbrechung von 18:54 bis 18:55 Uhr)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt, Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Öl- und Gaspreisexplosion: Monopole bekämpfen, Übergewinne abschöpfen und faire Verbraucherpreise sichern!" auf Drucksache 19/10737: Mit Ja haben 11 gestimmt, mit Nein haben 105 gestimmt, der Stimme enthalten haben sich 21 Abgeordnete. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.03.2026 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Griebßhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD; Öl- und Gaspreisexplosion: Monopole bekämpfen, Übergewinne abschöpfen und faire Verbraucherpreise sichern! (Drs. 19/10737)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin				Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse				Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang			
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina			
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl			
Baur Konrad				Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick			X
Becher Johannes			X	Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			X
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert			
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith		X	
Bergmüller Franz				Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas			X	Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia			X
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias		X	
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal			X	Griebßhammer Holger	X		
Brannekämper Robert				Grob Alfred		X	
von Brunn Florian	X			Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine			
Dr. Büchler Markus			X	Grossmann Patrick			
				Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin			X				
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian				Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren			X	Hanna-Krahl Andreas			
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig			X
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef			
Dorow Alex				Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert				Hiernis Christian			X
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Holz Thomas			
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas			
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia			X
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			X
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			X
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim			X
Prof. Dr. Piazzolo Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha			
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			X
Schuhknecht Stephanie			X
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			X
Stadler Ralf			
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin			
Stolz Anna			
Storm Ramona			
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter			
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter			
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan			
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura			X
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian			X
Gesamtsumme	11	105	21